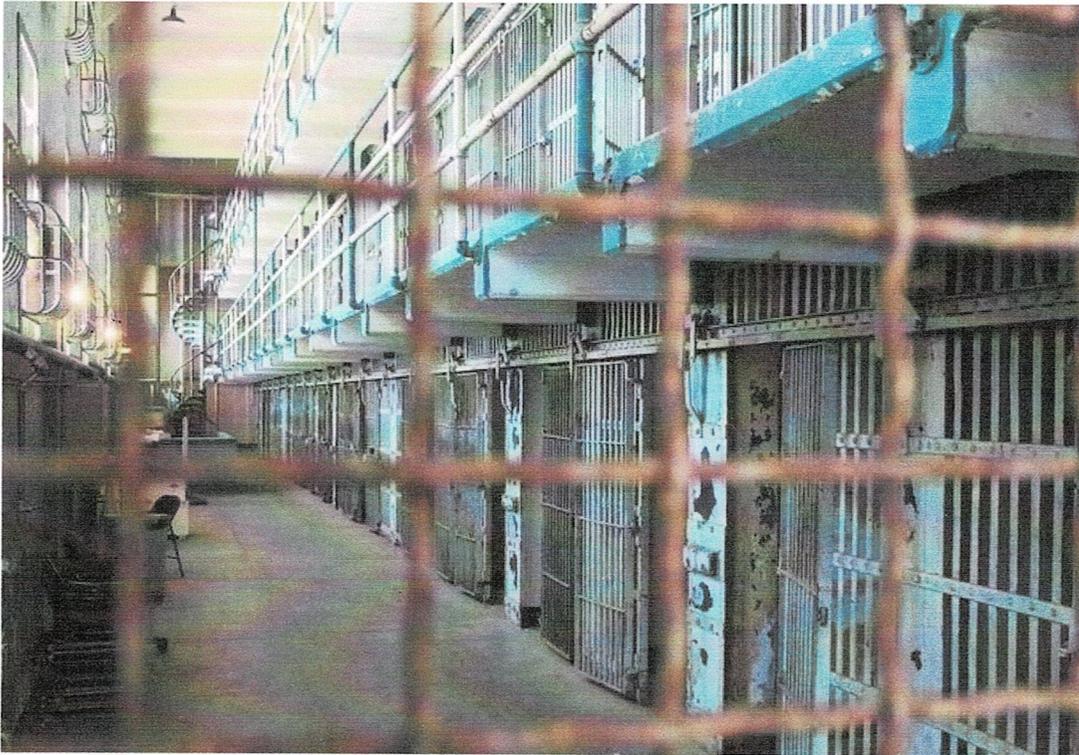


# Indien: Pastor Raju Manji ist Gefangener des Monats November

Pastor wegen angeblicher Zwangsmission im Gefängnis - IDEA und IGFM rufen dazu auf, sich für seine Freilassung einzusetzen



Symbolbild

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats November“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den indischen Pastor Raju Manji aus dem Bezirk Azamgarh im nordöstlichen Bundesstaat Uttar Pradesh benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Leiter der örtlichen evangelikalen Kirche einzusetzen und für ihn zu beten. Die Polizei von Jiyampur hatte ihn am 7. September wegen angeblicher Zwangsmission verhaftet. Die Sicherheitskräfte gaben damit einem Mob von radikalen Hindu-Nationalisten nach. Sie hatten den ursprünglich aus Westbengalen stammenden Pastor und weitere Christen, die sich in einer Kirche zum Gebet versammelt hatten, brutal niedergeschlagen. Nach dem Angriff verhaftete die Polizei Manji und beschuldigte ihn, gegen das Antikonversionsgesetz von Uttar Pradesh verstoßen zu haben. Angaben seiner Ehefrau Nuri zufolge ist ihr Mann den Armen zugewandt und missionarisch tätig. Die Antikonversionsgesetze, die es mittlerweile in mehreren indischen Bundesstaaten gibt, ermöglichen es hinduistischen nationalistischen Gruppen, mit dem Vorwurf der Zwangskonversion falsche Anschuldigungen gegen Christen zu erheben. Zudem schränken sie auch das Recht ein, friedlich für den eigenen Glauben zu werben. In Uttar Pradesh wurde das Gesetz im November 2020 eingeführt. Ein halbes Jahr später saßen auf dieser Grundlage schon mehrere Dutzend Menschen hinter Gittern. In einigen wenigen Fällen stellte die Behörden die Verfahren ein, weil den Vorwürfen jegliche Grundlage fehlte. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den indischen Staatspräsidenten Ram Nath Kovind die Freilassung des Pastors zu fordern. Landesweit sind 4,9 Prozent der 1,38 Milliarden Einwohner Christen. 72,5 Prozent sind Hindus, 14,5 Prozent Muslime, 1,8 Prozent Sikhs und 0,7 Prozent Buddhisten.

[Musterbrief November 2021](#)

[Musterbrief November 2021 Englisch](#)

Seine Exzellenz

Staatspräsident Ram Nath Kovind

c/o Botschaft der Republik Indien

Tiergartenstraße 17

10785 Berlin

Fax 030 – 26557000

Exzellenz,

bitte erlauben Sie mir, dass ich mich in Sorge um den inhaftierten evangelischen Pastor Raju Manji in Jiyampur (Uttar Pradesh) an Sie wende. Extremisten entführten ihn am 7. September, brachten ihn zur Polizeistation und erhoben dort falsche Vorwürfe gegen den Gemeindeleiter. Sie hatten Manji von einem Gebetstreffen seiner Kirche dorthin verschleppt. Vor diesem Hintergrund hätte er nicht verhaftet werden dürfen.

Der Pastor hatte lediglich von seinem international anerkannten Recht Gebrauch gemacht, sich öffentlich zu seinem christlichen Glauben zu bekennen und friedlich dafür zu werben. Der Annahme liegt nahe, dass hier interessierte Gruppen versuchen, ein Exempel zu statuieren mit dem Ziel, religiöse Minderheiten wie die Christen in den privaten Raum zurückzudrängen.

Indiens beispielhafter Säkularismus könnte zusammen mit der Religionsfreiheit auf Dauer in Gefahr geraten, wenn Anti-Konversionsgesetze insbesondere gegen Angehörige religiöser Minderheiten eingesetzt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung